

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/05/2011  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Dienstag, 20.09.2011  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.202  
**Beginn:** 16:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
6. Umsetzung der Beitragsfreiheit im 3. Kindergartenjahr  
hier: Anpassung der Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen  
Vorlage: 0865/2011
7. Bericht über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Hagen
8. Bildungs- und Teilhabepaket - Einrichtung von Schulsozialarbeit  
Vorlage: 0830/2011
9. Jahresbericht Music-Office-Hagen für das Jahr 2010  
Vorlage: 0824/2011
10. Kinderschutz in Hagen  
Vorlage: 0790/2011
11. Geschäftsbericht 2010 für den Fachbereich Jugend und Soziales  
Vorlage: 0579/2011 – **2. Lesung**
12. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe  
hier: Jahresberichte 2010  
Vorlage: 0581/2011 – **2. Lesung**
13. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden herzlich am Weltkindertag zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses und dankt in diesem Zusammenhang im Namen der Politik den Vertretern der Jugendorganisationen, der Wohlfahrtsverbänden, der Kirchen, den vielen ehrenamtlichen Helfern und der Verwaltung.

Er weist darauf hin, dass den Ausschussmitgliedern im Nachgang ein Antrag der SPD-Fraktion zugegangen sei. Er schlägt vor, diesen unter Punkt 6 der Tagesordnung zu behandeln.

Mit diesem Vorschlag sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

#### **2. Mitteilungen**

Frau Versteeg-Schulte nimmt Bezug auf das mit der Einladung übersandte Schreiben des Ministeriums, aus dem hervorgeht, dass der Ausbau der Familienzentren zunächst einmal gestoppt sei. Die Vorhaben, die für Hagen geplant seien, würden dennoch verfolgt. Man warte jetzt auf die weitere Zuweisung im nächsten Jahr.

Herr Steuber berichtet zum Weltkindertag, dass der Härtefallfond „Alle Kinder essen mit“ der Stadt Hagen von der Bezirksregierung Arnsberg zugestanden worden sei. Damit sei die Übernahme des kommunalen Anteils gesichert.

Herr Goldbach informiert über eine Förderung für ein Integrationskonzept in Hagen. Die Auftaktkonferenz werde am 15. Oktober im Rathaus stattfinden. Die erste Bildungskonferenz für Hagen werde am 17. November stattfinden. Entsprechende Einladungen würden noch verschickt.

Herr Fischer weist auf eine Broschüre „Fit for Differences for Kids“ hin, die er den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gibt.

Frau Burg-Ahrendt gibt zur Kenntnis, dass am 17.11.2011 im Rathaus an der Volme eine Fachtagung zum Thema Cybermobbing stattfindet. Sie freut sich außerdem, die Kooperationsveranstaltung „Clip 2“ im Rahmen des Hagener Handyfestivals ankündigen zu können, die zum vierten Mal statt-

finde.

Herr Strüwer berichtet, dass heute um 14.00 Uhr der Unterausschuss Jugendhilfe getagt habe. Thema sei die Spielflächensatzung gewesen, die jetzt für Hagen neu erstellt werden solle. In den Bezirksvertretungen werde in den nächsten Wochen und Monaten darüber beraten werden. Anschließend gehe es in die Beratung in den Jugendhilfeausschuss, der auch abschließend über die Satzung beschließen werde. Das Protokoll der Unterausschusssitzung werde den Ausschussmitgliedern übersandt.

Er begrüßt Frau Assmann von Radio Hagen und Herrn Josten von der Westfälischen Rundschau und dankt für deren Interesse.

### **3. Anliegen der Jugendräte**

Frau Borggräfe berichtet von der Veranstaltung zum Weltkindertag, die am Samstag im Volkspark stattgefunden habe. Der gesamtstädtische Jugendrat sei dort mit drei Ständen vertreten gewesen. Die vereinnahmten Spenden seien vorgesehen für ein Projekt im Kongo.

Weiterhin berichtet sie zum geplanten Projekt der Skateranlage. Gewünscht sei ein Modell, das ausbaufähig sei.

Herr Strüwer bedankt sich für das Engagement der Jugendräte.

### **4. Bündnis für Familien**

entfällt

### **5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen**

Frau Versteeg-Schulte beschreibt den Stand im Rahmen der U3- Betreuung. In den Kindertageseinrichtungen befänden sich im Moment 788 Kinder. Dazu kämen 102 Kinder im Bereich der Kindertagespflege. Damit sei man einem Kindertageseinrichtungsanteil in Höhe von 20,5 %. Die Ziellinie sei noch lange nicht erreicht.

Im Rahmen des Landesprogramms habe man zuletzt 150 Plätze auf den Weg gebracht. In Aussicht gestellt seien 186 Plätze. Das würde voraussetzen, dass man 17 Bauprojekte auf den Weg bringen könne. Man müsse dazu sagen, dass die Finanzierung nicht sichergestellt sei. Es gebe eine Initiative aus der Verwaltungsspitze, mit anderen Kommunen das Ministerium noch einmal auf diese

Finanzmisere aufmerksam zu machen.

Weiterhin berichtet sie über die Zusammenarbeit mit den drei Trägern, die sich im Bereich der Tagespflege engagierten.

Im Rahmen des ersten Änderungsgesetzes gebe es auch eine Elternbeteiligung, die auf andere Füße gestellt werden solle. Ein Elternbeirat solle gebildet werden. Man sei gerade dabei, diesen Prozess zu organisieren. Man werde zu der konstituierenden Sitzung am 09. November einladen. Damit solle der Jugendhilfeausschuss auch weiterhin befasst werden.

Herr Steuber nimmt Bezug auf die Änderungen des Schuländerungsgesetzes, über die er bereits berichtet habe. Man habe auf Initiative des Oberbürgermeisters den Städtetag gebeten, die Interessen der Kommunen wahrzunehmen. Es habe jetzt eine Umfrage gegeben, die der Städtetag zur Verfügung gestellt habe. Man gehe einen Schritt zurück und könne in Hagen in den nächsten Jahren damit rechnen, dass man durchschnittlich 370 Plätze weniger zur Verfügung habe. Der Städtetag habe gefordert, dass das Thema Konnexität neu aufgerollt werden müsse. Er werde den Ausschuss weiter über dieses Thema informieren.

Er berichtet außerdem, dass man inzwischen die ausdrückliche Duldung der Bezirksregierung für die Übernahme der freiwilligen Trägerzuschüsse für die Mitfinanzierung der Kindergärten erhalten habe. Es gehe um 20 Einrichtungen, mit denen nun die Vereinbarungen geschlossen werden könnten.

Herr Steuber greift das Thema Elternbeiträge auf, das seit dem 01.08.2011 eine Reihe von Problemstellungen aufgeworfen habe.

Man habe sich ab 01.08.2011 auf die Aufhebung der Geschwisterkindregelung geeinigt. Eine weitere Problemstellung liege darin begründet, dass das Rechnungsprüfungsamt die bisherige Auslegung der Satzung durch die Verwaltung bei einem Wechsel des Lebensalters innerhalb des Jahres beanstandet habe. Das habe zur Folge, dass die Verwaltung für die letzten drei Jahre die Erstattung einer möglichen Differenz von den Eltern verlangen müsse.

Die dritte Problemstellung ergebe sich aus der Änderung des KiBiz zur Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung gültig ab dem 01.08.2011. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die verteilte Tischvorlage (**siehe Anlage zu TOP 5**) und zitiert § 23 Abs. 3 KiBiz. Alle Eltern, die nur ein Kind hätten, das sich im letzten Kindergartenjahr befinde, profitierten von dieser Regelung. Problematisch sei die Bewertung der Konkurrenzsituation zu § 6 der Hagerer Satzung. In § 6 der Satzung werde geregelt, dass für den Fall, dass zwei oder mehrere Kinder eine Form der Kindertagesbetreuung in Anspruch nähmen, nur ein Beitrag zu zahlen sei. Wenn sich ein Kind im letzten Kindergartenjahr befinde, habe man nun nach § 23 Abs 3 KiBiz eine Freistellung des Beitrages. Fraglich sei, ob dann nach der Satzung bei zwei Kindern, die sich in der Betreuung befinden, noch ein weiterer Beitrag für das Geschwisterkind verlangt werden könne. Das Land erstatte der Kommune eine Pauschale, die sich an dem Betrag, der zu zahlen sei, orientiere, aber nicht dem exakten Beitrag entspreche. Das Land erstatte 5 % der Kindspauschalen. Für Hagen ergebe sich eine Summe von 107.000 € monatlich. Es ergebe sich eine Summe

in Höhe von 1,2 Millionen € jährlich, die vom Land erstattet würde. Die Stadt Hagen habe dagegen einen Einnahmeausfall in Höhe von 970.000 € kalkuliert. Im Ergebnis führe das dazu, dass das Land einen höheren Beitrag pauschaliert an die Stadt Hagen erstatte, als man durch Einnahmeausfälle tatsächlich habe. Man habe § 6 der Satzung seit dem 01.08.2011 dahingehend ausgelegt, dass ein Beitrag für ein Geschwisterkind erhoben werde. Das führe insgesamt zu Situationen, die Fragen aufwürfen. Der Städtetag habe in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die mögliche Auslegung in das Ermessen der Kommunen gestellt würde.

Herr Strüwer leitet über zum Antrag der SPD-Fraktion.

**6. Umsetzung der Beitragsfreiheit im 3. Kindergartenjahr  
hier: Anpassung der Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen  
Vorlage: 0865/2011**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Klos-Eckermann begründet den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Reinke erinnert daran, dass die Beitragssatzung im Jugendhilfeausschuss ausführlich diskutiert und dann im Rat der Stadt Hagen verabschiedet worden sei. Diese Satzung gelte für OGS und Kita gemeinsam. Die nun zusätzlich beantragte Entlastung erreiche doch nur die Familien, die sich den Beitrag vom Einkommen her leisten könnten. In der Satzung gebe es doch eine soziale Staffelung, durch die 54 % der Kinder beitragsfrei seien. Er halte es für legitim, für ein weiteres Kind einen Beitrag zu erheben, wenn das Kind im letzten Kindergartenjahr beitragsfrei bliebe. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag daher nicht zustimmen.

Frau Köppen erinnert daran, dass man bei der Diskussion seinerzeit immer unter dem Diktat finanzieller Zwänge gestanden habe. Man würde lieber eine familienfreundliche Politik gestalten, die im besten Fall Beitragsfreiheit für alle Kinder bedeute. Ihre Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sei für den Antrag der SPD-Fraktion, weil die Intention der Landesregierung auf die kommunale Ebene durchgereicht werden müsse. Das Geld, das das Land ersetze, müsse wie ein Beitrag gesehen werden, der gezahlt werde. Nur dann komme es bei den Familien an. Daher werde ihre Fraktion dem Antrag zustimmen.

Frau Helling erklärt, dass sie die Intention des Antrages grundsätzlich verstehen könne.

Es sei schwierig, den Antrag zu beurteilen, da viele Einzelheiten unklar seien. Sie werde dem Antrag der SPD-Fraktion heute nicht zustimmen wollen. Sie bittet die Verwaltung, auszuarbeiten, welche positiven Auswirkungen es auf die Eltern bei Beibehaltung der Satzung gebe. Außerdem bittet sie zu prüfen, welche Auswirkungen es hätte, wenn man den Offenen Ganztage und die U-3-Betreuung aus der Satzung herausnehmen würde.

Was ergebe sich an finanziellen Konsequenzen bei Umsetzung des Antrages? Das seien ihre Anregungen, um über den Antrag entscheiden zu können.

Herr Fischer erinnert daran, dass es notwendig sei, dass die Stadt Hagen bei der Finanzierung der Kindertagesstätten Handlungsspielraum behalte. Dies sei ein ganz wichtiger Baustein für die Einrichtungen, in denen Kinder gefördert würden. Der Handlungsspielraum der Stadt werde immer enger. Unter diesem Aspekt trägt die bestehende Satzung auch dazu bei, dass die inhaltliche Arbeit so gut wie möglich erhalten bleibe und ausgebaut werden könne. Der Antrag mache nicht deutlich, dass es Konsequenzen habe, wenn die Stadt weniger Geld für die Ausstattung der Systeme zur Verfügung habe.

Herr Strüwer wehrt sich gegen den Ausdruck „familienunfreundliches Hagen, der gefallen sei. In der Vergangenheit sei es dem Land egal gewesen, inwieweit Familien in Hagen entlastet würden. Das gelte für alle Landesregierungen. Es sei gesagt worden, dass man 19 % der Gesamtausgaben für die Kitas über Elternbeiträge einzuziehen habe und nur darauf aufbauend bekäme man auch die Landeszuschüsse.

Die Stadt Hagen, die sich wirklich in finanzieller Not befinde, habe überlegt, wie man den Familien gerechter werden könne, als wie es die Landesregelung vorsehe. In Hagen würden nur 12 % der Elterngebühren eingezogen. Man habe sich gefragt, wie man das Geld, das man mehr einsetze, den Familien unter sozialen Gesichtspunkten zukommen lassen. Man habe daraufhin eine einkommensabhängige Tabelle geschaffen, die dazu führe, dass für einen Großteil der Kinder kein Beitrag erhoben werde.

Die Geschwisterkindregelung lege fest, dass maximal für ein Kind bezahlt werden müsse und zudem Kinderfreibeträge zu berücksichtigen seien. Auch das Kindergeld bleibe unberücksichtigt.

Derzeit sei die Situation, dass ca. 34 Millionen € für Kindertagesstätten ausgegeben werde. Davon bezahlten die Eltern ca. 4 Millionen €, die Stadt ca. 20 Millionen € und das Land ca. 10 Millionen €. Jetzt gebe es einen höheren Beitrag, den das Land der Stadt zukommen lasse. Er persönlich bedaure sehr, dass man nicht die Gelegenheit genutzt habe, mit dem Geld die Infrastruktur zu stützen.

Das Land habe bewusst entschieden, dass man den Kommunen die Entscheidung über die Erhebung von Geschwisterkindbeiträgen überlassen habe. Unter dem Gesichtspunkt müsse abgewogen werden. Man müsse sich vor Augen halten, wer betroffen sei. Er halte das von der Verwaltung praktizierte Verfahren für sozial ausgewogen. Er halte es für vertretbar, gegen den Antrag zu stimmen.

Herr Steuber berichtet, dass die Jugendamtsleiter der Ruhrgebietsstädte sich einig gewesen seien, nochmals die Forderung nach einer landeseinheitlichen Tabelle zu erheben. Diese sei vom Land aus gutem Grund verworfen worden, weil viele Städte dann wieder die Frage nach dem Konnexitätsprinzip gestellt hätten. In Hagen seien im letzten Kindergartenjahr 1322 Kinder betroffen. Davon seien bereits heute 639 Kinder befreit. Daher würden sie von der Landesregelung nicht profitieren, weil sie sowieso befreit seien. Es gehe als um rund 700 Kinder, die für eine solche Regelung in Frage kämen. Davon hätten 230 ein oder mehrere Geschwisterkinder. Diese könnten betroffen sein. Die

Fragestellung von Frau Helling zu Offenem Ganzttag und U-3-Betreuung könnten derzeit nicht beantwortet werden. Man müsse sich fragen, was die Intention des Landesgesetzgebers gewesen sei. Er habe sicher gewollt, dass diese Beitragsbefreiung zu einer merklichen Entlastung der Familien führt. Die Intention der Stadt in der Satzung sei die, dass nur ein Beitrag erhoben werde. Es sei sicher ein anderer Blickwinkel aus Sicht der betroffenen Familien als der aus Sicht der Finanzen. Das sei ein schwieriger Abwägungsprozess.

Frau Klos-Eckermann macht deutlich, dass es nicht höhere Einkommen treffe, sondern Familien mit mehreren Kindern mit mittlerem Einkommen. Sie erinnert daran, dass Ziel die Befreiung der Beiträge über alle Jahre sei. Sie frage sich, ob man wirklich die Bildungssysteme wieder auseinander ziehen wolle. Das könne und dürfe nicht sein.

Herr Homm schildert das Problem, das er mit der Auslegung der bestehenden Satzung habe. Ihm persönlich sei es sehr schmerzlich, der Satzung zuzustimmen, die man jetzt habe. Man habe sich darauf geeinigt, dass man einen Beitrag erheben wolle. Dieser eine Beitrag werde jetzt durch das Land bezahlt. Die Stadt erhebe jetzt einen zweiten Beitrag für das Geschwisterkind, der in einigen Fällen niedriger und in anderen Fällen höher liegen könne. Die Kommune kassiere doppelt. Das könne er nicht nachvollziehen. Die Intention des Landes sei eine andere gewesen. Er stelle noch einmal fest, dass von Seiten der Bezirksregierung kein Druck auch auf die Kommunen im Nothaushaltsrecht ausgeübt werde.

Herr Reinke weist darauf hin, dass man die Diskussion um die Einkommensgrenzen ausführlich geführt habe. Die Satzung sei gerecht und sozial ausgewogen.

Herr Strüwer stellt fest, dass es auch darum gehe, die Kommunen zu entlasten. Die Entlastung bei den Familien sei ja vorhanden. Die Geschwisterkindregelung sei beim Land gar nicht vorgesehen. Er halte es auch unter sozialen Gesichtspunkten für handhabbar, so zu verfahren, wie es die Verwaltung zurzeit praktiziere.

Herr Steuber kommentiert den Wortbeitrag von Herrn Homm, dass die Erstattung vom Land derzeit 17,5 % betrage. Man nähere sich jetzt dem angenommenen fiktiven Elternbeitragsanteil in Höhe von 19 % an.

Herr Strüwer stellt den Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung. Er schlägt vor, den Antrag in zwei Abschnitte zu teilen und getrennt darüber abzustimmen. Der Prüfauftrag an die Verwaltung wird ergänzt. Der letzte Satz entfällt.

#### **Beschluss:**

- 1. Die Beitragsersparnis für das zukünftig beitragsfreie Kindergartenjahr ist in vollem Umfang an die Eltern weiterzugeben.**



**Die Verwaltung wird beauftragt, die Beitragssatzungen rückwirkend zum 1.8.11 so anzupassen, dass die Erstattung des Landes für ein Kind im letzten Kindergartenjahr als Beitragszahlung der Eltern zu werten ist, sodass ein evtl. weiterer Beitrag für eins oder mehrere Geschwisterkinder entfällt.**

**Abstimmungsergebnis:**

- Einstimmig beschlossen
- Mit Mehrheit beschlossen
- Einstimmig abgelehnt
- Mit Mehrheit abgelehnt
- Abgelehnt bei Stimmgleichheit
- Ohne Beschlussfassung
- Zur Kenntnis genommen

Dafür: 4Dagegen: 9Enthaltungen: 0

**2. Die Verwaltung wird beauftragt, rückwirkend und für die Zukunft zu prüfen, ob die bisherige Stichtagsregelung für die Beitragssatzung beim Übergang U3 nach Ü3 durch eine monatsgenaue Abrechnung ersetzt werden kann.**

**Abstimmungsergebnis:**

- Einstimmig beschlossen
- Mit Mehrheit beschlossen
- Einstimmig abgelehnt
- Mit Mehrheit abgelehnt
- Abgelehnt bei Stimmgleichheit
- Ohne Beschlussfassung
- Zur Kenntnis genommen
- 

Dafür: 13Dagegen: 0Enthaltungen: 0



## 7. Bericht über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Hagen

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Dr. Brauers berichtet über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes und verweist in diesem Zusammenhang auf die ausgelegte Tischvorlage (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Herr Strüwer fragt nach der Entwicklung bei den beteiligten Trägern.

Herr Fischer erklärt, dass all das, was verabredet worden sei, gut geklärt und geregelt sei. Man habe allerdings das Problem, dass die Verabredungen im Jobcenter nicht ankämen. Er bittet Herrn Steuber, weiterzugeben, dass die mit den Trägern getroffenen Regelungen im Hinblick auf Mittagsverpflegung von den Mitarbeitern im Jobcenter umgesetzt werden müssten. Die Unterstützung erfolge in vielen Fällen nicht und es nähmen noch immer nicht alle Kinder am Essen im Offenen Ganztage und in den weiterführenden Schulen teil.

Herrn Dr. Brauers ist dieses Problem bekannt. Es sei das einzig drängende Problem, das man im Bereich Bildung und Teilhabe im Moment habe. Der Dialog mit dem Jobcenter gerade an dieser Stelle sei ganz intensiv.

Herr Koslowski bestätigt die Aussagen.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass es insgesamt gesehen eine erfreuliche Entwicklung sei. Er hoffe, dass die 6000-Marke bis zur nächsten Sitzung erreicht werde.

Herr Steuber bittet alle Anwesenden, an ihren Stellen noch einmal Werbung für das Bildungs- und Teilhabepaket zu machen. Es bestehe in einigen Bereichen ein erheblicher Nachholbedarf, darauf hinzuweisen.

## 8. Bildungs- und Teilhabepaket - Einrichtung von Schulsozialarbeit Vorlage: 0830/2011

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Vorlage und weist in diesem Zusammenhang auf die ausgelegte Tischvorlage hin (**siehe Anlage zu TOP 8**).

Auf die Frage von Herr Grzeschista nach einer möglichen Erweiterung erklärt Herr Goldbach, dass es in Hagen nicht das Ziel sei, Schulsozialarbeit flächendeckend einzuführen. Zielsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes sei es, Schwerpunkte zu bilden. Das habe man umgesetzt.

Herr Strüwer bemängelt, dass die Thematik nicht im Vorfeld mit der Politik erör-

tert worden sei. Wenn es um die Auswahl der Schulen, der Träger und der Stadtbezirke gehe, wäre es gut gewesen, die Politik vorher mit einzubinden und den Jugendhilfeausschuss früher mit einzubeziehen.

Herr Losch macht deutlich, dass er sich für Haspe ein paar mehr Sozialarbeiterstellen gewünscht hätte. Sei die Schulentwicklungsplanung hier bereits berücksichtigt? Er fragt, wer diese Stellen ausübe. Fielen dafür Lehrerstellen weg?

Frau Köppen erklärt, dass ihr die Vorlage sehr gut gefallen habe. Die Netzwerkstruktur sei gut rausgestellt und das Geld gut eingesetzt.

Herr Reinke geht davon aus, dass die Stellen befristet seien, da die Finanzierung ja nur bis 2013 gesichert sei.

Frau Helling möchte wissen, ob man die 1,3 Millionen € zweckgebunden für Schulsozialarbeit bekomme. Was habe sie unter städtischen Personalkosten zu verstehen?

Herr Goldbach antwortet Herrn Losch, dass die Sozialarbeiter der Zielgruppe folgten. Die Schulentwicklungsplanung habe noch nicht berücksichtigt werden können. Er sei aber optimistisch, dass man hier zu vernünftigen Lösungen komme.

Zu dem Stadtteil Haspe macht er deutlich, dass das damit zu tun habe, wie man die Prioritäten gewichtet habe. Die Hauptschule Heubing sei nicht berücksichtigt worden.

Es handele sich um reine Sozialarbeiterstellen, die durch eine Erhöhung des Anteils des Bundes an den Kosten der Unterkunft in Höhe von 2,8 % finanziert würden. Die Stellen würden zeitgleich intern und extern befristet ausgeschrieben. Das Anforderungsprofil sei „Schulsozialarbeiter“.

Herr Fischer hält die Auswahl der Schulen für eine runde Sache. Schade fände er, dass eine gemeinsame Trägerschaft im Offenen Ganztage und bei der Schulsozialarbeit gar nicht möglich sei.

Herr Strüwer hält diese Entwicklung für einen Meilenstein. Man habe die Möglichkeit, in diesem enorm wichtigen Bereich 19 Mitarbeiter einzubringen. Er sei gespannt, welche Ergebnisse sich einstellten. Er dankt den Trägern für ihr Engagement.

Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

1. Die Einrichtung von Schulsozialarbeit in Hagen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes wird für den Zeitraum der Refinanzierung durch Bundesmittel (derzeit 31.12.2013) beschlossen.
2. Die Transferaufwendungen sowie die Personal- und Sachkosten werden für die Haushaltsplanung 2012 / 2013 berücksichtigt.

3. Mit den freien Trägern werden –wie dargestellt – Leistungsvereinbarungen abgeschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 13  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

9. **Jahresbericht Music-Office-Hagen für das Jahr 2010**  
**Vorlage: 0824/2011**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

**Beschluss:**

Der Kultur- und Weiterbildungsausschuss und der Jugendhilfeausschuss nehmen den Jahresbericht des Music-Office-Hagen für das Jahr 2010 zustimmend zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 13  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

## 10. Kinderschutz in Hagen Vorlage: 0790/2011

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber führt in die Thematik ein und erläutert die Vorlage. Er stellt abschließend fest, dass man hoffe, dass die Bezirksregierung die Vertreter der Stadt Hagen zum Dialog über dieses Papier einlade.

Herr Reinke beschreibt die Entwicklung des Anliegens in der Vergangenheit. Er stellt einige Fragen zu der Vorlage. Man sei 2008 mit einem Gesamtkonzept mit einigen Bausteinen gestartet. Ihm sei nicht klar, welche weiteren Bausteine zu einem Gesamtkonzept führen sollen. Inwieweit war das Landesjugendamt an dieser Planung beteiligt?

Seiner Meinung nach käme zu wenig bei den Kindern an. Er schlägt vor, eine Arbeitsgruppe zu dem Thema einzurichten und beantragt die erste Lesung für diese Vorlage.

Frau Klos-Eckermann zeigt sich erfreut, dieses Papier heute auf dem Tisch liegen zu haben. Sie bedankt sich bei Herrn Josten für die ausführliche Berichterstattung zu der Arbeit des Jugendamtes. Sie gehe davon aus, dass diese Vorlage als erster Anstoß zu werten sei, der noch mit Leben gefüllt werden müsse. Das solle dann geschehen, wenn es der Verwaltung gelänge, das Vorhaben vom Regierungspräsidenten absegnen zu lassen. Sie würde die Vorlage heute nicht gern als erste Lesung sehen, sondern lieber das Konzept auf den Weg bringen, um weiter damit arbeiten zu können.

Herr Koslowski stellt fest, dass Herr Steuber die Bedeutung der Familienhebammen für das gesamte Konzept betont habe. Zurzeit gebe es knapp 2 Hebammenstellen. Die zweite halbe Stelle werde über Spenden finanziert. Er fragt, wo diese in der Finanzierung in Anlage 1 auftauche.

Herr Steuber beantwortet die gestellten Fragen.

Die Verwaltung habe die Familienzentren als das wichtigste Element herauskristallisiert.

Dort sollten die Angebote andockt werden. Das Landesjugendamt habe den Prozess zur Feststellung der Bedarfe nur so lange begleitet, solange dieser im Jugendhilfeausschuss vorgestellt worden sei. Danach habe sich das Landesjugendamt zurückgezogen. Zur Finanzierung durch Spenden gehe er davon aus, dass, wenn diese ausliefen, das Angebot nicht mehr praktiziert werden könne.

Herr Goebels macht deutlich, dass es wichtig sei, Präventionsketten zu bilden. Die Familien, die durch den Allgemeinen Sozialen Dienst betreut würden, nähmen die Angebote, die es in Hagen gebe, nicht an. Deswegen sei die Überlegung gewesen, sogenannte „Kümmerer“ an den Familienzentren anzubinden, die die Familien von Beginn an an die Hand nähmen.

Herr Reinke möchte wissen, mit welcher Zielsetzung mit der Bezirksregierung diskutiert werden solle. Welche finanziellen Bedarfe wolle man zugrunde legen? Der Begriff „Frühe Hilfen“ sei sehr weitläufig gefasst. Wichtig sei die Netzwerkarbeit. Seine Vorschläge für Bausteine wären an dieser Stelle die Netzwerkarbeit in der Kinderschutzambulanz, eine Clearingstelle, Willkommensbesuche Stadtteilmütter und Theaterstücke zu diesem Thema. Er sei der Meinung, dass man erst nach Erstellung eines solchen Baukastens mit der Bezirksregierung in den Dialog treten solle.

Herr Steuber erklärt, dass es von Seiten der Bezirksregierung noch keine Reaktion gebe.

Herr Strüwer äußert sich, dass er Herrn Reinke dahingehend gut verstehen könne, dass es im Konzept noch viele Lücken gebe. Man werde sich sicher noch über Schwerpunkte einigen müssen. Der Geschäftsbericht zeige auf, in welchen Stadtteilen es extreme Probleme gebe. Wenn es um Kinderschutz gehe, könne es nur darum gehen, an den Stellen, an denen sich die Notwendigkeit zeige, mit neuen Vernetzungen und Zielsetzung heranzugehen. Er befürworte den Vorschlag von Herrn Reinke, eine Arbeitsgruppe zu bilden. Er schlägt vor, nach den Beratungsergebnissen einen neuen Vorschlag zu erarbeiten, damit in den Unterausschuss zu gehen und auf dieser Grundlage ein gemeinsames Konzept zu entwickeln, das dann auch mit den entsprechenden finanziellen Hintergründen in die Politik und an die Zukunftskommission gehe.

Frau Burghardt ist der Meinung, dass es sinnvoll sei, mit der Bezirksregierung zu verhandeln und gleichzeitig eine Arbeitsgemeinschaft einzurichten.

Herr Strüwer schlägt vor, den Beschlussvorschlag unter Punkt 2 entsprechend zu ergänzen.

Herr Steuber geht auf die Frage von Herrn Reinke ein, mit welcher Zielsetzung man in die Gespräche mit der Bezirksregierung gehen wolle. Man habe in der Vorlage mehrere Alternativen aufgezeigt. Die Verwaltung sei für alles offen.

Herr Strüwer fragt, wer Interesse habe, an einem Unterausschuss Erziehungshilfe mitzuwirken.

Es melden sich folgende Ausschussmitglieder:

Herr Koslowski

Frau Köppen

Herr Losch

Frau Klos-Eckermann

Frau Burghardt

Herr Reinke

Frau Brkowski

Herr Strüwer

Herr Finkensiep? Soll gefragt werden, ist nicht mehr anwesend!

Herr Fischer? Soll gefragt werden, ist nicht mehr anwesend!

Die Sitzung des Unterausschusses Erziehungshilfe wird terminiert auf Donnerstag, den 10.11.2011, 16.00 Uhr.

Abschließend stellt Herr Strüwer den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Umsetzung des Planungsauftrages „Kinderschutz in Hagen“ zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die mit der Bezirksregierung erarbeiteten Beratungsergebnisse zeitnah im **Unterausschuss Erziehungshilfe** darzustellen.
3. Bei einer positiven Entscheidung der Bezirksregierung über eine städtische Finanzierung der Maßnahmen „Kinderschutz in Hagen“ wird die Verwaltung beauftragt für die zuständigen politischen Gremien unverzüglich eine Verwaltungsvorlage mit den erforderlichen Finanzbedarfen zu erstellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

- |                                     |                               |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen        |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit beschlossen      |
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig abgelehnt          |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit abgelehnt        |
| <input type="checkbox"/>            | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/>            | Ohne Beschlussfassung         |
| <input type="checkbox"/>            | Zur Kenntnis genommen         |

Dafür: 11  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

**11. Geschäftsbericht 2010 für den Fachbereich Jugend und Soziales  
2. Lesung  
Vorlage: 0579/2011**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

**Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2010 des Fachbereichs Jugend und Soziales zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

- |                                     |                               |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig beschlossen        |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit beschlossen      |
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig abgelehnt          |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit abgelehnt        |
| <input type="checkbox"/>            | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/>            | Ohne Beschlussfassung         |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen         |
| <input type="checkbox"/>            |                               |

**12. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe  
hier: Jahresberichte 2010  
2. Lesung  
Vorlage: 0581/2011**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**



Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

**Beschluss:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

---

**13. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates**

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.45 Uhr

gez. Willi Strüwer  
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe  
Schriftführerin